



12-Punkteplan der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag zu den Herausforderungen der demografischen Entwicklung für den hessischen Arbeitsmarkt

(Beschlossen am 29.11.2011)

Die Bevölkerungsentwicklung insgesamt lässt sich für die nächsten 40 Jahre leicht prognostizieren. Ebenfalls lassen sich die regionalen Unterschiede bei der demografischen Entwicklung inzwischen sehr gut abschätzen. Deutlich schwerer wird es hingegen, wenn man die zukünftige Entwicklung der Nachfrage und des Angebots auf dem Arbeitsmarkt voraussagen will. Statistiken und Stellungnahmen von Fachleuten gehen daher z.T. weit auseinander. Für Hessen geht die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern von durchschnittlich 147.000 Fachkräften aus, die bis 2015 jährlich fehlen werden, davon der Großteil in nichtakademischen Berufen (9.000 Akademiker und 138.000 Nichtakademiker). Besonders unternehmensnahe Dienstleistungen sollen demnach vom Fachkräftemangel betroffen sein: Hier würden jährlich rund 2.800 Akademiker und ca. 43.300 Nichtakademiker fehlen. Weiterhin stark betroffen sind danach Unternehmen der Elektrotechnik und des Maschinenbaus. Für sie wird prognostiziert, dass bis 2015 jährlich 8.500 Ingenieure in hessischen Betrieben fehlen. Für Maschinen- und Fahrzeugbauingenieure geht die Bundesregierung nach kürzlich veröffentlichten Zahlen derzeit von einem Fachkräftemangel in Hessen aus. Ein andauernder Fachkräftemangel könnte zu einem allgemeinen Rückgang an Investitionen und in der Folge zu einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion führen. Dies würde sich mittel- und kurzfristig auch auf gering qualifizierte Arbeitskräfte, An- und Ungelernte negativ auswirken. Fachkräftemangel wirkt daher als Innovations- und Wachstumsbremse und gefährdet den wirtschaftlichen wie sozialen Wohlstand Hessens. Insbesondere für mittelständische Unternehmen oder Unternehmen im ländlichen Raum ist die demografische Entwicklung eine große Herausforderung, da sie über einen geringeren Bekanntheitsgrad bei Absolventen verfügen.

Nach Ansicht der FDP-Landtagsfraktion stellt die demografische Entwicklung Politik und Wirtschaft vor große Herausforderungen. Es bedarf vielfältiger Maßnahmen, um in einer zurückgehenden und älter werdenden Gesellschaft Wohlstand, Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Hessen zu erhalten. Wirtschaft und Politik sind gleichermaßen gefordert, die Maßnahmen zu ergreifen, die in ihrer jeweiligen Verantwortung liegen. Dazu zählen aus Sicht der FDP Landtagsfraktion im Hessischen Landtag:

1. Übergang Schule und Beruf

Der Versuch, die Auswirkungen, die der demographische Wandel auf die Versorgung unserer Wirtschaft mit Fachkräften hat, auszugleichen, kann nur gelingen, wenn das vorhandene Potential an Nachwuchskräften für die Arbeitswelt erschlossen und vorhandene Talente intensiver gefördert werden. Dazu ist es wichtig, die Ausbildungsreife der Jugendlichen zu verbessern und ihnen schon frühzeitig Berufsorientierungshilfen zu geben. Ziel muss es dabei

sein, alle jungen Menschen in den hessischen Ausbildungsmarkt zu integrieren. Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt hat sich bereits deutlich verbessert. Hessischen Unternehmen ist bewusst, dass sie durch die gezielte Ausbildung in den eigenen Bereichen Nachwuchs für sich selbst organisieren können. Es gibt allerdings in manchen Bereichen nach wie vor Probleme mit der Ausbildungsreife von Schülern. Die Realisierung der Mittelstufenschule in Hessen ist eine Maßnahme, um die Schülerinnen und Schüler entsprechend ihrer Fähigkeiten und Begabungen zu unterstützen. Durch die Weiterentwicklung der Bildungsgänge und durch die Kooperation mit den beruflichen Schulen oder Ausbildungsbetrieben werden sowohl der Praxisbezug als auch die Berufsorientierung verstärkt. In beiden abschlussbezogenen Bildungsgängen ist eine systematische Berufsorientierung fester Bestandteil, so dass die Ausbildungsreife verbessert werden kann. Darüber hinaus soll nach Auffassung der FDP-Landtagsfraktion durch einen gebündelten Einsatz von Finanzmitteln in Ausbildungsprogramme gerade im Bildungsgang Hauptschule diese noch zusätzlich gestärkt werden. Dafür sind die Qualifizierungsoffensive des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, die Maßnahmen enthält, wie das erfolgreiche Ausbildungsprogramm für Hauptschüler und Altbewerber, sowie die landesweite Strategie zur "Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit bei der Schaffung und Besetzung von Ausbildungsplätzen in Hessen" (OloV) gute Beispiele. Die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag will die bestehenden Programme weiter bündeln und damit erreichen, dass die Programme auf die Herausforderungen der Fachkräftesicherung ausgerichtet werden.

2. Förderung von Frauen und Männern in MINT-Fächern

In den Berufen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) wurden im Jahr 2011 offiziellen Schätzungen zufolge bundesweit 158.000 Fachkräfte benötigt. Um möglichst gezielt und am Bedarf der hessischen Unternehmen orientiert Unterstützung zur MINT-Fachkräftenachwuchssicherung leisten zu können, hat das Hessische Wirtschaftsministerium eine Studie in Auftrag gegeben. Darin wird ermittelt, mit welchen weiteren Fördermaßnahmen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs im MINT-Bereich beigetragen werden kann. Das Ergebnis wird Anfang 2012 erwartet. Die Landesregierung sorgt dafür, dass die hessische MINT-Förderung entsprechend den Ergebnissen der Studie weiter ausgebaut wird. Außerdem hat das Wirtschaftsministerium eine MINT-Förderstrategie entwickelt, die es hessischen Schülerinnen und Schülern erleichtern soll den Übergang aus der Schule in MINT-Berufe zu meistern. So wurde zum Beispiel auf Initiative des Hessischen Wirtschaftsministeriums, der Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit und mit Unterstützung des Hessischen Kultusministeriums, in den Herbstferien dieses Jahres für Mädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren das Projekt „MINT-Girl-Camps“ durchgeführt.

3. Lebenslanges Lernen

Die Notwendigkeit mit Neuem umzugehen und in unserer wissensbasierten Informationsgesellschaft der heutigen Zeit Schritt zu halten, endet nicht nach Beendigung einer betrieblichen Ausbildung oder eines Studiums. Es ist von herausragender Bedeutung, dass die Menschen bereit sind, sich immer wieder neu auf die Innovationen und Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und in den Unternehmen einzustellen. Diese Offenheit gegenüber einer regelmäßigen Weiterbildung im Beruf, ist eine der Grundvoraussetzungen für einen erfolgreichen Aufstieg und damit ein weiterer wichtiger Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs. Die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag unterstützt daher Maßnahmen der Landesregierung und der Unternehmen, die eine Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen

und Arbeitnehmern ermöglichen. Hessen liegt laut einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung hinter Bayern in der Spitzengruppe bei den Bedingungen für das lebenslange Lernen. Darauf wollen wir aufbauen und diese Position ausbauen. Mit dem Weiterbildungsgesetz ist dazu bereits ein wichtiger Meilenstein erreicht worden.

4. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Ein wichtiger Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs ist auch die Steigerung der Frauenerwerbsquote sowie die Erleichterung des Wiedereinstiegs in das Berufsleben. Dazu bedarf es zu einem weiteren Anstrengungen beim Ausbau der Kinderbetreuung. Die FDP-Landtagsfraktion begrüßt daher ausdrücklich die bereits durch die Landesregierung geförderten Initiativen, z. B. im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau von Betreuungsplätzen, und tritt dafür ein, diesen Weg konsequent fortzusetzen. So hat Hessen mit dem sog. „BAMBINI-Programm“ schon vor Jahren einen deutlichen Schwerpunkt auf die Förderung des U3-Betreuungsaubaus gelegt. Die Mittel dieses Programms zur Förderung der Betriebskosten wurden seit 2007 von 45 auf aktuell 95 Mio. € mehr als verdoppelt. Außerdem fördert das Land 2011 und 2012 den Ausbau der U3-Betreuung zusätzlich mit einem Neuplatzbonus. Neben dem Aufbau der Infrastruktur wird aber zukünftig auch der Fokus darauf liegen müssen die entsprechende Anzahl von Erziehungsfachkräften auszubilden sowie die Qualität der Ausbildung weiter zu steigern. Darüber hinaus können Investitionen in den Bau, Umbau und die Ausstattung von betrieblichen Kinderbetreuungseinrichtungen in Betrieben und Hochschulen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) kräftig unterstützt werden. Die Unternehmen sind gefragt ein Klima der Unterstützung für Familien und die Vereinbarkeit mit dem Beruf zu etablieren. Durch Betriebskindergärten, auch in Kooperation mit Kommunen oder anderen Unternehmen, können Fachkräfte erfolgreich unterstützt werden. Zu anderen ist es notwendig, die Möglichkeiten flexibler Arbeitszeiten und Arbeitszeitmodelle auszubauen. Darüber hinaus müssen Modelle, bei denen es möglich ist tageweise oder komplett von zu Hause aus zu arbeiten („Home-Office“), zukünftig eine größere Rolle spielen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Mitarbeiter mit betreuungsbedürftigen Kindern deutlich zu erleichtern. Neben der Frage der Kinderbetreuung wird auch die Pflege der Eltern oder naher Verwandter in Zukunft eine immer größere Rolle einnehmen. Die Bundesregierung hat bereits ein Modell zur Regelung von Pflegezeiten auf den Weg gebracht, das es Familien erleichtern soll, die Pflege von Familienmitgliedern mit einer Berufstätigkeit zu vereinbaren. Die Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen gilt hierfür gleichermaßen.

5. Stärkung des Ländlichen Raums

Vor allem der ländliche Raum wird durch die demografische Entwicklung hart getroffen. Im Flächenland Hessen gilt es besonders, gerade jungen Menschen Chancen zu eröffnen, auch außerhalb von Ballungsgebieten und den größeren Städten eine gute Ausbildung absolvieren zu können und berufliche Perspektiven geboten zu bekommen. Die Landesregierung ist dabei mit der Schaffung und dem Ausbau der Infrastruktur auf einem guten Weg. Die wirtschaftliche Entwicklung in Nordhessen zeigt, dass diese Politik die richtigen Impulse setzt. Indem wir den Menschen Perspektiven in der Bildung, auf dem Arbeitsmarkt, bei der Gesundheitsversorgung und auch im kulturellen Rahmen bieten, werden wir den ländlichen Raum stärken, zunehmenden Wegzug verhindern und damit auch Fachkräfte in diesen Regionen halten können. Dazu müssen die Rahmenbedingungen bei der Gesundheitsversorgung, im öffentlichen Nahverkehr, bei der Schulentwicklung und der Wirtschaftsförderung auf die

Herausforderungen des ländlichen Raums angepasst werden. Die Breitbandstrategie der Landesregierung ist dabei neben der Bildungs- und der Verkehrsinfrastruktur der wichtigste Stützpfeiler für die wirtschaftliche Entwicklung.

6. Ältere Arbeitnehmer integrieren

Das Durchschnittsalter der Erwerbstätigen in Hessen steigt stetig an. Die Zahl derjenigen die 60 Jahre und älter sind, wird sich bis 2050 um über 40 Prozent erhöhen. Für die FDP-Landtagsfraktion stellen ältere und erfahrene Arbeitskräfte einen hohen Wert für Unternehmen und Gesellschaft dar. Mit ihrem reichen Erfahrungsschatz sind sie Vorbilder für jüngere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, können mit ihrer Routine viel für Aus- und Weiterbildung in den Betrieben leisten und tragen im sozialen Gefüge von Unternehmen und Gesellschaft auch zu Verlässlichkeit und Stabilität bei. Gleichzeitig müssen auch ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Chancen haben, sich weiterzubilden um sich auch mit fortschreitendem Berufsalter beruflich noch weiterentwickeln zu können. Dazu sollen die Rahmenbedingungen betreffend die Qualifizierung und die Erwerbstätigkeit älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer konsequent verbessert werden.

7. Einwanderungsgesetz

Wir als Liberale sind der Auffassung, dass eine über ein Punktesystem gesteuerte Zuwanderung von ausländischen Arbeitnehmern, Studenten und Forschern im wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Interesse Deutschlands und damit auch Hessens liegt. Die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt muss viel stärker als bisher nach den vorliegenden Bedürfnissen ausgerichtet werden. Dabei setzt sich die FDP für eine gesteuerte Zuwanderung von Fachkräften ein und spricht sich gegen eine unregelmäßige Einsickerung in unserer sozialen Sicherungssysteme aus. Hierfür ist ein Einwanderungsgesetz anzulegen. Darin sind Kriterien für die Zuwanderung ausländischer Arbeitnehmer nach kanadischem oder australischem Vorbild u.a. der bisher erreichte Ausbildungsstand, die Berufserfahrung, das Alter, das bisherige Einkommen, die Deutschkenntnisse und die zu erwartende Integrationsfähigkeit bzw. die positive Einstellung zur freiheitlichen Gesellschaftsordnung in unserem Land zu regeln. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die bereits von der Bundesregierung beschlossene Absenkung der Gehaltsschwelle auf 48.000 Euro. Ebenso muss es einen Bonus für solche ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geben, die auf eigene Initiative ein Stellenangebot erhalten haben. Deutschland steht in einem harten internationalen Wettbewerb um die besten Fachkräfte aus dem Ausland. Allein durch unsere Sprache ist Deutschland für viele nicht so attraktiv, wie etwa Australien, Kanada oder die USA. Deshalb ist es aus Sicht der FDP-Landtagsfraktion wichtig, daran zu arbeiten, dass Fachkräfte, die sich für Deutschland als neue Heimat entscheiden hier willkommen sind. Wir brauchen eine weltoffene Gesellschaft mit einer positiven „Willkommenskultur“, in der sich jeder wohlfühlt, der sich hier mit seiner Schaffenskraft und seiner Leistung einsetzen will.

8. Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse

Zentraler Punkt eines effektiven Einwanderungssystems für Fachkräfte ist die Anerkennung von im Ausland erworbenen Studien- und Berufsabschlüssen. Die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag begrüßt daher insbesondere das „Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und

Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ der Bundesregierung. Hierdurch wird die Bewertung von beruflichen Auslandsqualifikationen vereinheitlicht und besser nachvollziehbar. So wird es möglich, dass im Ausland erworbene Qualifikationen auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt optimal eingesetzt werden können. Außerdem legt das Gesetz fest, dass eine Prüfung der Zulassung von Abschlüssen innerhalb von drei Monaten abgeschlossen sein muss. Damit hat der Bewerber eine höhere Planungssicherheit.

9. Ausländische Studenten im Land halten

Hessen hat als Wissenschaftsstandort ein Interesse daran, dass ausländische Absolventen unserer Hochschulen, die einen guten Abschluss erreicht haben, im Land gehalten werden. Deshalb will die FDP diesen Studenten eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis anzubieten. Es ist geradezu paradox, diese Absolventen nach einer hervorragenden aber kostenintensiven Ausbildung an deutschen Hochschulen wieder nach Hause zu schicken, obwohl es oft genug Interesse gibt, in Deutschland zu bleiben. Diese Absolventen sind in der Regel bestens integriert und sprechen fließend Deutsch. Gleichzeitig wird die Wahl des Studienortes Hessen durch positive Berufsperspektiven attraktiver. Ausländische Studenten mit deutschem Abschluss sollen nach Meinung der FDP innerhalb des Punktesystems Erschwernisse, die sie aufgrund mangelnder Berufserfahrung und schwächerem Einkommen haben, durch gute deutsche Sprachkenntnisse wieder ausgleichen können.

10. Liberale Wissenschaftspolitik

Deutschland braucht eine liberale Wissenschaftspolitik, die frei von ideologischen Scheuklappen wissenschaftliche Forschung ermöglicht. Wir wollen vor allem den Nutzen für die Menschen und die positiven Wirkungen einer weltweiten Technologieführerschaft in den Mittelpunkt rücken. Hochkarätige Wissenschaftler sollen ihre Freude am Fortschritt auch in Deutschland einsetzen und hier forschen können. Deshalb sollten keine Forschungsfelder von vornherein tabuisiert werden. Gerade in sensiblen Bereichen wie der Gentechnik oder der Kernforschung droht Deutschland, den Anschluss zu verlieren. Exzellente Forschung und Lehre aber sind es, die Fachkräfte anziehen und gute Rahmenbedingungen für ein positives Klima und die Entwicklung wichtiger Zukunftsinnovationen bieten. Die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag setzt sich in der Landesregierung für ein zukunftsgerichtetes Forschungsklima und eine konsequent liberale Wissenschaftspolitik ein, die einerseits auf Exzellenz und andererseits auch auf Grundlagenforschung setzt. Damit kann Hessen seine Attraktivität als Forschungsstandort noch deutlich steigern. Vor diesem Hintergrund ist es jedoch erforderlich, dass die Bereiche der Wissenschaft und der Anwendung zukünftig noch stärker miteinander kooperieren und der Technologietransfer stetig ausgebaut wird. Spitzenforschung bedarf verlässlicher Strukturen und vielfältiger Unterstützung. Ferner ist es sinnvoll, dass sich die hessischen Hochschulen ihre Zusammenarbeit intensivieren und Forschungsschwerpunkte bilden, so dass die Herausforderungen des demographischen Wandels frühzeitig bewältigt werden können und als Chance für die Universitäten und Fachhochschulen verstanden werden.

11. Unternehmerische Maßnahmen

Wir Liberale vergessen nicht, dass auch die Unternehmer eine eigene Verantwortung haben, um den Bedarf an qualifizierten Fachkräften zu sichern. Bei aller Initiative der politisch

Verantwortlichen ist für uns klar, dass der Fachkräftebedarf in Zukunft nur gesichert werden kann, wenn die Unternehmen gemeinsam mit der Politik ihren Beitrag dazu leisten. Insbesondere können die gezielte Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitern, angemessene Vergütungssysteme, Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (z. B. flexible Arbeitszeiten oder ein Betriebskindergarten) sowie die Anwendung neuer Methoden, wie z. B. „Diversity Management“, dazu beitragen, qualifizierte Kräfte in den Unternehmen zu halten und neue zu gewinnen. Zusätzliche Innovationen, den Einsatz von modernster EDV-Technik und rationalisierte Arbeitsabläufe können ebenfalls dazu beitragen, den sich abzeichnenden Fachkräftemangel zu entschärfen.

12. Umbau sozialer Sicherungssysteme

Die Alterspyramide und die veränderte Generationenstruktur erfordern auch einen Umbau der sozialen Sicherungssysteme. Das eigentliche Umlageverfahren, in dem die arbeitende Generation Beiträge einzahlt, aus denen Sozialleistungen bezahlt werden, funktioniert in einer Gesellschaft, in der deutlich weniger Einzahler einem immer größeren Kreis an Sozialleistungsempfängern gegenüberstehen, nicht mehr. Deshalb ist ein generationenverträglicher Umbau der sozialen Versicherungssysteme zwingend erforderlich. Auch wenn wir für die verschiedenen Bereiche differenzierte Lösungen schaffen müssen wird übergreifend eine stärkere Selbstverantwortung notwendig werden. Die Beibehaltung einer Grundversorgung für jedermann ist dabei selbstverständlicher Bestandteil unserer Solidargesellschaft. Dabei müssen vor allem denjenigen Arbeitnehmern, die ein Leben lang Beiträge für ihre soziale Absicherung – vor allem die soziale Absicherung im Alter – eingezahlt haben, ihre geschaffenen Werte erhalten bleiben. Gleichzeitig erfordern insbesondere die weiterentwickelten medizinischen Diagnose-, Behandlungs- und Therapiemethoden eine ergänzende Vorsorge derjenigen Bürgerinnen und Bürger, die eine noch ausreichende Anzahl an Lebensarbeitsjahren vor sich haben, um in Eigenverantwortung eine sinnvolle Versicherungsergänzung leisten zu können. Zur Überwindung der Arbeitslosigkeit im Niedriglohnssektor ist das Modell des „Bürgergeldes“ zu etablieren. Damit werden Einkommensbesteuerung und steuerfinanzierte Sozialleistungen zu einer einfachen Gesamtordnung zusammengeführt. So kann die Vielzahl von verschiedenen Sozialleistungen verschiedener Sozialleistungsträger beim Finanzamt gebündelt werden. Gleichzeitig kann so die Lücke zwischen Löhnen, die für Betriebe ohne Gefährdung von Arbeitsplätzen bezahlbar sind, und ausreichenden Löhnen für ein eigenverantwortliches Leben geschlossen werden. Damit wird das Sozialsystem leistungsfähiger, einfacher und transparenter und soziale Unterstützung kommt zielgenauer bei den Menschen an, die sie brauchen.